

Karl Schwab

Jugendarbeitslosigkeit - was kann, was muß man tun?

Karl Schwab, geb. 1920 in Nürnberg, ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB. Er ist zuständig für die Abteilungen Jugend, Ausländische Arbeitnehmer, Kulturpolitik, Organisation und Verwaltung.

Etwas über 1 Million Frauen und Männer sind in der Mitte des Jahres 1975 ohne Arbeitsplatz. Diese Zahl wird sich — wenn die Voraussagen richtig sind — auch in den nächsten Monaten nicht entscheidend verringern. Einige Forschungsinstitute sagen sogar ein Anwachsen auf 1,5 Millionen Arbeitslose voraus.

„Arbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal“, erklärte der Vorsitzende des DGB vor kurzem und forderte dazu auf, unter Anwendung aller Instrumentarien der Wirtschaftspolitik darauf hinzuwirken, daß nicht länger Arbeitsfähige und Arbeitswillige vergeblich nach sinnvoller Betätigung suchen. Ist Arbeitslosigkeit schon für Erwachsene — trotz besserer Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit als je zuvor — ein deprimierender Zustand, wieviel gefährlicher sind die Folgen für junge Menschen.

Besondere Aspekte

Ein längst überwunden geglaubtes Problem ist in den letzten Monaten wieder aufgetaucht — die Jugendarbeitslosigkeit.

Die Tatsache, daß Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren mit am härtesten von der Arbeitslosigkeit getroffen wurden, alarmierte Politiker aller Parteien,

Regierungen in Bund und Ländern, Verbände und die Öffentlichkeit. Bei den Versuchen, Ausmaß und Ursache zu ergründen, wurden einige Aspekte häufig übersehen oder verdrängt.

Der Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen trifft nicht nur die arbeitslos gewordenen Jugendlichen, sondern er beeinträchtigt die Chancen aller Jugendlichen, auch der beschäftigten.

— Unzählige Schulabgänger mußten mangels geeigneter und qualifizierter Ausbildungsplätze nehmen, was ihnen geboten wurde, ohne Rücksicht auf Zukunftsaussichten, auf Neigung oder Eignung.

— Unzählige Absolventen einer Berufsausbildung müssen froh sein, irgendeinen Arbeitsplatz — häufig ohne Rücksicht auf die erlernte Qualifikation — zu finden. Sie verlieren damit die Chance, die für ihre spätere Position entscheidenden ersten beruflichen Erfahrungen im erlernten Beruf zu sammeln.

— Auch die sich aus der Arbeitslosigkeit ergebenden Probleme treffen nicht nur arbeitslose Jugendliche. Mit dem Wink, draußen warten genug auf deinen Platz, werden häufig Jugendliche im Betrieb genötigt, eine Verschlechterung ihrer Ausbildung, Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz und auch den Abbau sozialer Leistungen hinzunehmen.

— Daß Unternehmer dann, wenn mehr Menschen Arbeitsplätze suchen, als sie zur Verfügung stellen, den Abbau erkämpfter Rechte anstreben, ist nicht neu, trifft aber wiederum gerade Jugendliche. Sie besitzen meist nicht die notwendige Erfahrung, um sich wirkungsvoll zur Wehr setzen zu können. Sie sind noch nicht so in die Solidargemeinschaft integriert wie die Älteren und sie sind im Ausbildungsverhältnis besonders abhängig.

Augenblickslösungen genügen nicht.

Das macht deutlich, daß kurzfristige Hilfsaktionen für arbeitslose Jugendliche die Probleme nicht lösen. Sie können bestenfalls die schlimmsten Auswirkungen mildern, die Jugendlichen von der Straße bringen, Möglichkeiten bieten, Versäumtes oder Nichterreichtes nachzuholen. So wichtig und verdienstvoll das im Augenblick auch sein mag, langfristige Maßnahmen sind unerlässlich, soll den Jugendlichen wirklich geholfen werden.

Entgegen vielfach geäußerter Auffassung ist die Jugendarbeitslosigkeit auch ein strukturelles und nicht nur ein vorübergehendes konjunkturelles Problem. Die Erfahrungen anderer westeuropäischer Länder mit bereits länger andauernder Jugendarbeitslosigkeit machen deutlich, daß diese nicht als Betriebsunfall oder nur als Ergebnis vorübergehender äußerer Einflüsse (geburtenstarke Jahrgänge, Numerus clausus an Hochschulen und dadurch vergrößerte Zahl von Lehrstellenbewerbern u. ä.) gesehen und verniedlicht werden darf. Dieser Hinweis ist um so notwendiger, als bei den meisten der geforderten und auch beschlossenen Sofort-

maßnahmen in Bund und Ländern mittel- und langfristige Maßnahmen **zur** strukturellen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu kurz kommen oder in den politischen Auseinandersetzungen untergehen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß manche Politiker die Jugendarbeitslosigkeit nur als Aufhänger für ihre politischen Ziele benutzen. Was soll man davon halten, wenn die Opposition im Deutschen Bundestag zwar mit großem publizistischem Aufwand die Errichtung einer Sonderkommission zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit beantragt, gleichzeitig aber alles unternimmt, um eine Her wesentlichen Voraussetzungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit — die Reform der beruflichen Bildung — zu verhindern. Die sehr widersprüchlichen und zum Teil auch demagogischen Diskussionen um die Ursachen und die notwendigen Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit haben in der Öffentlichkeit mehr Verwirrung als Klarheit geschaffen. Die Versuche, die Mehrzahl der jugendlichen Arbeitslosen — und nicht nur der jugendlichen — als potentiell arbeits- und lernunwillig darzustellen, haben ein übriges dazu beigetragen, daß die Öffentlichkeit ein falsches Bild über die wahre Situation der Arbeitslosen und auch keine Vorstellungen über die Möglichkeiten zur Beseitigung dieses Zustandes hat.

Weniger Ausbildungsplätze

Die Zahl der Ausbildungsplätze ist zurückgegangen. Die Gegner jeglicher Reformen behaupten, daran seien vor allem die Gewerkschaften und diejenigen schuld, die mit überhöhten Ausbildungsanforderungen es vielen Betrieben unmöglich gemacht hätten weiter auszubilden. Im Interesse der Jugendlichen sei es deshalb — so im Brief der 5 Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft an Bundeskanzler *Schmidt* —, die Ausbildungsanforderungen zu reduzieren. Wenn dies geschehe, sei die Wirtschaft auch bereit, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Das war der Versuch, ein politisches Geschäft zu Lasten der Jugendlichen zu machen.

Es ist wahr, die in den letzten Jahren erhöhten Ausbildungsanforderungen haben dazu geführt, daß vor allem Kleinbetriebe die Ausbildung aufgegeben haben. Ist das zu bedauern? Eine Großzahl von Untersuchungen bestätigte, daß Jugendliche dort mehr ausgebeutet als ausgebildet wurden, mit ausbildungsfremden Arbeiten beschäftigt und als billige Arbeitskräfte mißbraucht wurden. Häufig konnten diese Jugendlichen nach Beendigung der Ausbildung keine Arbeit im erlernten Beruf finden. Eine Weiterbeschäftigung als Facharbeiter war und ist diesen Ausbildungsbetrieben oft zu teuer. Die Jugendlichen mußten froh sein, als Angelernte anderswo unterzukommen. Dem Verlust solcher Ausbildungsplätze weint sicher niemand eine Träne nach.

Aber auch in Großbetrieben ist trotz guter systematischer Ausbildung in Lehrwerkstätten nicht alles Gold, was glänzt. In diesen vielfach beispielhaften

Ausbildungseinrichtungen konzentriert man sich vorwiegend auf die Ausbildung qualifizierter Facharbeiter im Rahmen des eigenen Bedarfs.

Diese Feststellungen erlauben die Schlußfolgerung, daß Betriebe nur dann zur Ausbildung bereit sind, wenn es ihren Interessen entspricht.

Keine Reduzierung der Ausbildungsanforderungen

Angesichts der Arbeitslosigkeit unter Schulabgängern scheinen nun manche Politiker bereit, wider bessere Einsicht in die Notwendigkeit hoher Ausbildungsanforderungen, diesen Interessen nachzugeben, nur damit die Schulabgänger einen Ausbildungsplatz finden. Sie wären dann — um das zu wiederholen — zwar von der Straße, aber interessiert diese Leute eigentlich auch, ob das Gelernte später noch verwertbar ist, ob die Ausbildungsjahre keine verlorenen Jahre sind?

Die Gewerkschaften haben sich scharf gegen jegliche Reduzierung der Ausbildungsanforderungen gewandt, nicht um illusionärer bildungspolitischer Prinzipien willen. Der hohe Anteil von Fehlqualifizierten und Schlechtausgebildeten unter den Arbeitslosen beweist, daß eine Reduzierung der Ausbildungsanforderungen das Risiko der Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern höchstens aufschiebt. Soll die Bundesanstalt für Arbeit, sollen Arbeitslosenversicherte weiterhin Unsummen für die Umschulung und Fortbildung von Fehlqualifizierten ausgeben müssen, nur weil Unternehmer und ihre Verbände sich gegen die Verwirklichung der auch bei ihnen vorhandenen Erkenntnisse sperren? Wer mobile, vielseitig einsetzbare Arbeitskräfte fordert, muß dazu in der Ausbildung die Voraussetzungen schaffen. Das könnten sicherlich mehr Betriebe, als heute dazu bereit sind. Ob sie es wollen, ist zumindest fraglich. Eine solche Ausbildung wird nicht billiger als die heute übliche. Sie darf sich auch nicht nur am Bedarf für das eigene Unternehmen ausrichten. Bei diesem Punkt aber wird es fast schon zur Sicherheit — nur wenige Betriebe werden bei der heutigen Organisation und Finanzierung der beruflichen Bildung bereit sein, für andere auszubilden und damit Kosten zu übernehmen.

Fazit: Kleinbetriebe sind in der Regel nicht in der Lage, eine solche umfassende Ausbildung zu leisten, Großbetriebe werden nicht bereit sein, Mäzenaten zu spielen. Also werden die Ausbildungsplätze weiter verringert, wenn nicht politisch die Reform der beruflichen Bildung durchgesetzt wird. Die deutsche Wirtschaft braucht auch in der Zukunft eine große Zahl gut und breit ausgebildeter Fachkräfte. Die jungen Menschen haben ein Anrecht auf eine umfassende qualifizierte Ausbildung.

Bei dieser gewerkschaftlichen Forderung geht es nicht nur — um die Zielsetzung, die Arbeitnehmer vor den kurzfristigen Verwertungsinteressen der Unternehmen zu schützen und die Möglichkeiten sicherzustellen, die — durch die gesellschaftliche und technologische Entwicklung bedingten —

Veränderungen der Arbeitsprozesse zu bewältigen,
 — um die Absicht, im Rahmen der Verbesserungen der Situation am Arbeitsplatz durch eine umfassende Qualifikation eine stärkere Zusammenführung von Planung, Durchführung und Kontrolle der eigenen Arbeit und der Arbeitsergebnisse zu erreichen,
 sondern auch um die langfristige Perspektive der Sicherung und Weiterentwicklung der Position der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt und damit der Erhaltung der Arbeitsplätze. Die Exporte der deutschen Unternehmen — deren Bedeutung in der wirtschaftlichen Situation der letzten Monate bestätigt wurde — werden stärker denn je vom technologischen Stand und damit von der Qualifikation der Arbeitnehmer abhängen. Die durch die Reformgegner vorgetragene Behauptung der überhöhten Ausbildungsanforderungen erweist sich somit als engstirnig und kurzfristig.

Die Delegierten des 10. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses haben die gewerkschaftlichen Forderungen noch einmal nachdrücklich bekräftigt und festgestellt, daß die Probleme der gegenwärtigen Berufsausbildung wie
 — quantitativer und qualitativer Mangel an Ausbildungsplätzen,
 — Abhängigkeit der Berufswahl vom örtlichen Ausbildungsplatzangebot der konjunkturabhängigen Einzelbetriebe,
 — Qualitätsgefälle zwischen Stadt und Land, Groß- und Kleinbetrieb,
 — Benachteiligung der Auszubildenden im dualen System gegenüber Jugendlichen anderer Bildungsgänge,
 — Eigenkontrolle der Ausbildungsbetriebe durch die „Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft“,
 — fehlende Mitbestimmung der Gewerkschaften
 in diesem Ausbildungssystem nicht zu beseitigen sind.

Die Lösung dieser Probleme bringt nur der Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf die Errichtung zusätzlicher überbetrieblicher Ausbildungsplätze und die Neuregelung der Finanzierung der beruflichen Bildung.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind aufgerufen, als ihren Beitrag zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit baldmöglichst ein Berufsbildungsgesetz zu verabschieden, das vor allem durch die Einrichtung eines zentralen Finanzierungsfonds für die außerschulische berufliche Bildung dazu beiträgt, ein quantitativ ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen von hoher Qualität, ein gleichwertiges Angebot an Bildungsmöglichkeiten auch für Jugendliche in wirtschaftlich schwachen Regionen, ein weitgehend konjunkturunabhängiges Bildungsangebot und eine gerechtere Verteilung der Berufsausbildungskosten zu sichern.

Darüber hinaus muß in dieses neue Berufsbildungsgesetz die Beamtenausbildung einbezogen werden und müssen Vorschriften zur Akkreditierung geeigneter

Ausbildungsbetriebe aufgenommen und die Alleinzuständigkeit der Kammern für die Berufsausbildung beseitigt werden.

Damit wird zwar noch lange nicht der letzte jugendliche Arbeitslose untergebracht sein — dazu bedarf es weiterer Maßnahmen —, die vorgeschlagenen aber sind ein Schritt in eine bessere Zukunft. Dieser Schritt sollte jetzt getan werden.